

# NAVIGATOR

Der Newsletter von SINUS SOCIOVISION

Ausgabe 2/2008

AKTUELL

## **Finanzmarktkrise und die Folgen: Erreichen die Antworten der Politik die gesellschaftliche Mitte?**

**Die Krisenbewertung in den Lebenswelten der Deutschen variiert erheblich. Zwar sind bislang weder Panik noch Duldungsstarre zu verzeichnen, aber zwischen Angst, Vorsicht und Trotz öffnet sich ein breites Spektrum an Bewältigungsmustern – und zwischen Politik und Gesellschaft eine Kluft. Sinus Sociovision bietet eine erste Einschätzung aus soziokultureller Sicht.**

Zwei Drittel der Menschen misstrauen den Zahlen der Demoskopien zufolge der (privaten) Bankenbranche. Die Sparkassen verzeichnen dagegen erheblichen Zulauf; die in Deutschland ohnehin schwach entwickelte Aktienaffinität sinkt weiter. Die Stimmung wird zusätzlich getrübt durch eine flankierende Konjunkturdebatte: Gerät die deutsche Wirtschaft in eine Rezession? Es ist diese Gemengelage, die die gesellschaftliche Mitte bedrückt und in der Unterschicht Angst auslöst: vor den Folgen für die Wirtschaft insgesamt, vor einem Jobverlust, vor schrumpfenden Spielräumen, was den eigenen Konsum angeht.

Die breite Mitte der Gesellschaft hat schon immer auf gesellschaftliches Fair Play, auf Achtsamkeit auch für die Schwachen, auf Chancengerechtigkeit und Balance großen Wert gelegt – nicht zuletzt um ihrer eigenen Zukunft und der ihrer Kinder willen. Das System der sozialen Marktwirtschaft wird aber aber aus Sicht großer Teile der Bevölkerung schon länger seinem Anspruch nicht mehr gerecht. Viele trauern der alten Bundesrepublik bzw. dem rheinischen Kapitalismus nach und werden nun konfrontiert mit dem Eintritt ihrer schlimmsten Befürchtungen.

Die Finanzmarktkrise bestätigt die Befürchtungen der gesellschaftlichen Mitte auf eklatante Weise. Sie nährt die bestehenden Vorbehalte gegenüber den sozioökonomischen Modernisierungsprozessen und löst den heftigen Wunsch nach Widerspruch und Alternativen aus. Insbesondere aber dürften Bunkermentalitäten im Kommen sein: Die Erfahrung, dass in kurzer Zeit das globale System in Gänze ins Schwanken geraten konnte, zementiert Mitte-Haltungen wie "Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott". Solche Reaktionsmuster, die Konzentration der Mittelschicht auf sich selbst, auf die eigenen Belange, ihr Rück-

zug auf den unmittelbaren Nahbereich, erhalten nun nochmals einen Schub. Der Wunsch wird stärker, sich, wo immer möglich, von äußeren Einflüssen freizumachen, die die gesamte Lebensbalance aus den Fugen geraten lassen können. Und dieses Autonomiestreben könnte zur prägenden Mentalität dieser Schicht werden. Dabei gibt die Mitte ihr Empfinden für Gerechtigkeit keineswegs auf. Sie erlebt aber gerade eine weitere herbe Frustration: Nicht nur die moralische Flughöhe und die tatsächliche Handlungsmacht politischer und wirtschaftlicher Akteure sind in einer globalisierten Wirtschaft gering, sondern obendrein auch deren fachliche Kompetenzen. Ersteres wusste man schon länger, letzteres bekommt man gerade vorgeführt.

"Mehr Kapitalismus wagen!" So lautet die Antwort von Friedrich Merz, Anwalt und Finanzexperte der CDU, auf die Bankenkrise. Titel und Inhalt seines gleichnamigen, kürzlich erschienenen Buches standen zwar schon vor der Krise fest, aber Merz kommentiert das Erscheinungsdatum seines Manifests mit gewohntem Aplomb. Besser geht's nicht! Ist der Kapitalismus tatsächlich nicht das Problem, sondern die Lösung? Und wer – außer Merz – glaubt das? Die Statements von Politikern suggerieren im Augenblick zumeist das Gegenteil. Den Staatsvertretern ist bei ihren vielen öffentlichen Auftritten dieser Tage ein neues Selbstbewusstsein anzumerken: Politischer Steuerungsanspruch und nationalstaatliche Regulierung haben *gerade wegen* Globalisierung und Hyperkomplexität einer vernetzten Weltgesellschaft Konjunktur. Die aktuelle Krise gewährt der politischen Klasse vordergründig Relevanz und Reputationsgewinne. Nehmen die Menschen im Lande dies aber auch so wahr?

Im positiven Fall erlebt die Politik in ihrer unverhofften Retter-Rolle einen neuen Frühling. Gelingt es ihr, etwa mit ihrem milliardenschweren Rettungspaket die Börsen-Stimmung zu wenden, kann sich das Image-Rad drehen und sie zumindest teilweise von ihrem durch zahlreiche Skandale entstandenen Negativbild befreien.

Der Ruf nach einer gerechteren Gesellschaftsordnung wird dennoch lauter werden – aber genauso wird die Erkenntnis wachsen, dass Marktregularien und Gesetze zur Beseitigung von Gerechtigkeitsdefiziten heute nur noch Veranstaltungen mit äußerst beschränkter Haftung sind. Die Menschen in Deutschland werden durch die aktuelle Krise gezwungenermaßen "navigationfähiger" und in diesem Sinne auch mündiger: Selbstverantwortung steigt im Kurs, ebenso aber auch der Wunsch nach dem Ende populistischer Scheinlösungen und dem Verschwinden eines Führungspersonals, das bei eigenen Fehlern einfach abtaucht.

Das Zauberwort der politischen Klasse für die aktuelle Situation, *Vertrauensbildung*, ist dafür ein Schlüssel, der nicht wirklich passt. Denn es dürfte kein

Leichtes werden, den Menschen verständlich zu machen, warum beispielsweise Rating-Agenturen unbehelligt und bar jeder Kontrollinstanz jahrelang den windigsten Finanzprodukten ihre Gütesiegel aufdrücken und damit die Welt um Haaresbreite in den Ruin treiben konnten. Auch das ritualhafte Gerede vom Fehlverhalten einiger Weniger ist bei der faktischen Dimension der Krise als Erklärungsansatz wohl unzureichend. Und intellektuelle Solo-einlagen wie die, ob der Kapitalismus nun Problem oder Lösung der Krise sei, gehen am Gehör von etwa zwei Dritteln der Gesellschaft vorbei. Über Grundlagen der marktwirtschaftlichen Ordnung diskutieren möchten gerade mal die Vertreter der kreativen Klasse. Und sie haben die große Chance, dabei unter sich zu bleiben.

Für die Einlösung ihrer Ansprüche werden die Deutschen daher mehr denn je *selbst* sorgen wollen. Es ist nicht auszuschließen, dass die aktuelle Krise – trotz hoffentlich effektiver Krisenbewältigung – gesellschaftlich heikle Folgen nach sich zieht: Ein soziales Ganzes, das sich in erster Linie *unterhalb* der Institutionenschwelle weiterentwickelt und modernisiert. Und zwar nicht aus Gründen von Politikverdrossenheit oder Desinteresse, sondern im Sinne individuellen Experimentierens zugunsten von mehr Autonomie, mehr Handlungsfähigkeit, mehr Unabhängigkeit. So paradox es klingen mag: Die aktuelle Finanzkrise ist auch ein gewaltiger Modernisierungsschub in Sachen Individualisierung und Abnabelung von staatszentrierten Traditionen des vorigen Jahrhunderts.

Kontakt: Dr. Friederike Müller-Friemauth  
Tel. 06221-808912  
friederike.mueller-friemauth@sociovision.de